

Irrelevante Debatte - Schwedens Beschluss zur Kernkraft führt auf die falsche Fährte

Es ist ein bemerkenswerter Beschluss, den vergangene Woche die Vorsitzenden der vier Parteien, die Schwedens derzeitige Regierung bilden, zur Energie- und Klimapolitik gefasst haben. Das Bemerkenswerteste daran ist die Absicht, Schweden bis zum Jahr 2020 zur Hälfte mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Fast ebenso bemerkenswert ist, dass die schwedische Regierung der deutschen nun nachzueifern gedenkt und sich ebenfalls zum Ziel setzt, die Treibhausgasemission bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Trotzdem wurde dieser Teil des Beschlusses in Deutschland so gut wie nicht zur Kenntnis genommen.

Für Aufregung sorgte stattdessen die gleichzeitig von der schwedischen Regierung beschlossene Annullierung des Atomausstiegsgesetzes von Anfang der 1980er Jahre. Tatsächlich heißt es in dem erwähnten Beschluss, dass das Gesetz zum Ausstieg aus der Kernenergie aufgehoben und der Neubau von bis zu zehn Reaktoren als Ersatz für die existierenden zehn Meiler erlaubt werden soll.

Dieser Beschluss mutierte hierzulande zu einem »Atom-Comeback« und zu der Nachricht, Stockholm wolle »neue Reaktoren bauen«. Dass die dortige Regierung die Haftung für die Betreiber von Atommeilern verschärfen will, Subventionen für neue Nuklearanlagen entschieden ablehnt und es deshalb Investoren nicht gerade einfach macht, fiel unter den Tisch, ebenso wie der Umstand, dass die Aufhebung des Verbots zum Bau von Kernkraftwerken erst noch vom schwedischen Reichstag beschlossen werden muss. Hauptsache, um die deutschen Atomausstieger ist es wieder ein Stück einsamer geworden.

An demselben Tag, an dem sich die Parteivorsitzenden der Allianz für Schweden auf ihren Energie- und Klimabeschluss einigten, tagte in Berlin das Deutsche Atomforum, ein Lobbyverband der Kernkraftbefürworter. Einer der geladenen Redner war Fatih Birol, der Chefökonom der Internationalen Energie Agentur (IEA) und beileibe kein Gegner der Kernenergie.

Die versammelten Nuklearfans überraschte Birol allerdings mit der Botschaft, dass die von ihnen favorisierte Energieform die mit Abstand unwichtigste Technik bei der Bekämpfung der Erderwärmung ist. Den Stellenwert konnte Birol sogar beziffern: Nur neun Prozent der CO₂-Emissionen, die bis zum Jahr 2030 vermieden werden müssen, soll die Erderwärmung zwei Grad nicht übersteigen, kann die vermehrte Nutzung der Kernenergie bringen; 54 Prozent müssen durch mehr Energieeffizienz erreicht werden, 23 Prozent durch mehr erneuerbare Energien und 14 Prozent durch CO₂-Abscheidung bei der Kohlenutzung.

Auch wenn jede einzelne der IEA-Ziffern im Detail womöglich angreifbar ist, zeigt doch die Größenordnung unmissverständlich, wo die Energiepolitik ihre Prioritäten zu setzen hat - und wo die Posterioritäten. Als wenn es diese Erkenntnis nicht gäbe, tobt allerdings hierzulande der Streit um den Wiedereinstieg in die Atomenergie. Die Herausforderungen, die unbedingt zu bewältigen sind, soll die Energieversorgung sicherer und klimaverträglicher werden, bleiben derweil unerledigt (Energieeffizienz) oder werden als Marotte weltfremder „Weltverbesserer“ abgetan (erneuerbare Energiequellen).

Tatsächlich ist es aber die Atomgemeinde, die mit ihrem Faible für das Irrelevante die Öffentlichkeit an der Nase herumfährt. Das war bereits anlässlich der Lieferausfälle wegen des russisch-ukrainischen Gasstreits so (Lösung: Ausstieg aus dem Atomausstieg), es wiederholte sich beim schwedischen Energie- und Klimabeschluss, und der Reflex wird sich jederzeit erneut zeigen, wie unpassend auch immer die Gelegenheit sein mag.

Auch das eingängige Argument, in Deutschland gehe es ja nicht um den Bau neuer Meiler, sondern nur darum, die bestehenden Reaktoren etwas länger am Netz zu halten, damit in Zukunft nicht größere Mengen der besonders klimaschädlichen Kohle verstromt werden müssen, zeugt vor allem von Ignoranz. Das Argument hat sich längst als falsch erwiesen, und zwar gutachterlich bestätigt durch Prognos und das Energiewirtschaftliche Institut der Kölner Uni. Setzt die Regierung ihre im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele einschließlich Atomausstieg um, sinken laut deren Expertise bis zum Jahr 2020 nicht nur die CO₂-Emissionen um fast 40 Prozent; obendrein sinken der Kohleverbrauch stark und der Erdgasverbrauch ein wenig.

Dass diese Erkenntnisse beim Streit um die Energie der Zukunft kaum eine Rolle spielen, offenbart nicht nur das erbärmliche Niveau der bundesdeutschen Debatte. Es offenbart auch, dass die Fixierung auf die Atomfrage eine Verschwendung mentaler Energie ist.

FRITZ VORHOLZ